

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 194/2008 (BJD)

Auftrag Fraktion SP/Grüne: Kein Endlager im Niederamt (10.12.2008)

Die Regierung wird beauftragt, sich gegen die Planung und allfällige Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle jeglicher Art in der Region Niederamt einzusetzen.

Begründung (10.12.2008): schriftlich.

Am 5. November veröffentlichten die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) und das Bundesamt für Energie ihre Pläne, u.a. im von ihnen so bezeichneten Standortgebiet Jura-Südfuss ein Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle zu prüfen. Die Reaktion in der betroffenen Region Niederamt des Kantons Solothurn war heftig und klar. Sowohl die einstimmige Gemeindepräsidentenkonferenz Niederamt wie auch der Regionalverein OGG lehnten solche Pläne kategorisch ab. Auch der inzwischen gegründete Verein «Niederamt ohne Endlager» hat sich zum Ziel gesetzt, keine weitere Belastung der Region zuzulassen. In diesem Sinne muss und kann die betroffene Region, in der immerhin schon ohne die Stadt Olten 30'000 Einwohnerinnen und Einwohner leben, von ihrer Kantonsregierung erwarten, dass sich diese mit all ihren Möglichkeiten ebenfalls gegen die geplante Standortsuche wehrt. Von allen diskutierten Standorten ist die Region Niederamt die bevölkerungsreichste.

Die Region Niederamt ist schon Standort eines Kernkraftwerks und eines Nasslagers für abgebrannte Brennelemente. Zusätzlich sind konkrete Pläne für ein 2. Kernkraftwerk vorhanden. Nun ist genug. Wir wollen nicht zum Abfallkübel der Schweiz degradiert werden.

Als Standort eines Endlagers für radioaktive Abfälle würde der Region zudem ein massives Imageproblem entstehen. Es ist in diesem Zusammenhang erwiesen, dass sich wirklich keine einzige Region freiwillig vordrängt, was schon alles sagt.

Welche Meinung man auch immer zur Entstehung und der «Lösung» des Problems radioaktiver Abfälle vertritt. Absoluter Konsens wird und muss wohl auf jeden Fall sein, dass nur die beste Lösung in Betracht gezogen werden kann und nicht Zweitklasslösungen.

Aus all diesen Gründen muss der Solothurner Regierungsrat die Bevölkerung und die Behörden bei ihrem Kampf gegen die Pläne zur Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle unterstützen.

Unterschriften: 1. Urs Huber, 2. Iris Schelbert-Widmer, 3. Susanne Schaffner, Stephanie Affolter, Barbara Wyss Flück, Caroline Wernli Amoser, Walter Schürch, Anna Rüefli, Clemens Ackermann, Hans-Jörg Staub, Fatma Tekol, Trudy Küttel Zimmerli, Andreas Ruf, Markus Schneider, Ruedi Heutschi, Barbara Banga, Jean-Pierre Summ, Christine Bigolin Ziörjen, Urs von Lerber, Manfred Baumann, Niklaus Wepfer. (21)